

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 30. August berichteten die Medien, dass in einem der reichsten Industriestaaten der Welt, der Bundesrepublik Deutschland, 2,5 Millionen Kinder von Sozialhilfe und weniger leben müssen. Seit 2004 hat sich ihre Zahl verdoppelt. Ursache sei vor allem Harz IV. Im Vergleich zu anderen hoch entwickelten kapitalistischen Ländern wächst die Kinderarmut hierzulande am stärksten. Mangelhafte Ernährung, schlechtere Gesundheit und Lebenserwartung, geminderte Bildungschancen sind die Folge. Die anhaltenden Kürzungen im sozialen Bereich sowie in der Kinder- und Jugendarbeit verstärken das Problem. Die Armut wird in Ghettos gedrängt, in denen der Wohnraum sowie die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten weitaus schlechter sind als in anderen Wohngebieten.

Die Bundesrepublik Deutschland verletzt damit die Grundrechte dieser Kinder und die UNO-Kinderrechtskonvention zum Schutz der Kinder, die auch die Bundesrepublik unterschrieben hat. Diese Politik bewirkt, dass die Kinder aus armen Familien nicht die gleichen Möglichkeiten wie andere haben ihre Fähigkeiten voll zu entwickeln. Der Mehrheit dieser Kinder wird die Chance genommen, solche Sachkenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die sie befähigen später ihr Leben selbstbewusst sowie selbstbestimmt zu gestalten. **Unfreiwillig** wurden sie und ihre Familien in diese Lage gebracht. Hier zeigt sich – in der reichen Bundesrepublik – an einem entscheidenden Beispiel der Widerspruch zwischen den objektiven Möglichkeiten des Menschen und seinen tatsächlichen Lebensbedingungen sowie Chancen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen wohl am drastischsten.

Und in dieser Situation erklärte nun Bundeskanzlerin Merkel am 21. August vor der Bundespressekonferenz in Berlin, sichtlich erholt vom Urlaub in Südtirol und gut gelaunt: „Die Wende zum Besseren ist geschafft“. Sie verwies auf die angebliche Entspannung am Arbeitsmarkt, auf verbessertes Wirtschaftswachstum und Steuermehreinnahmen. Die Grundsatzentscheidung für Hartz IV, getroffen durch die Vorgängerregierung unter Schröder, „war und bleibt richtig“. Jedoch müsse die Entwicklung durch weitere Maßnahmen verstetigt werden, um Deutschland wieder „unter die ersten Zehn in Europa“ zu bringen. Was dies bedeutet, sagte sie nicht.

An der zum 1. Januar 2007 beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte halte man aber fest. Man mute den Menschen „viel zu“. Sie nannte die Reduzierung der Pendlerpauschale. Auch würden die Aufwendungen des Einzelnen für Gesundheit und Altersvorsorge eher steigen. Weitere Steuererhöhungen werde es jedoch nicht geben. Andererseits sei die Unternehmensteuerreform nötig.

Weiter ging es dann am 22. August auf dem Programmkongress der CDU. Das 1994 verabschiedete Programm ist veraltet, das Ahlener Programm der CDU schon längst vergessen, in dem es einmal hieß:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht

und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert“.

Der Programmkongress der CDU am 22. August stand unter dem Motto „Grundsätze für Deutschland. Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“. Das neue Programm soll bis Ende nächsten Jahres verabschiedet werden.

Ich unterbreche meinen Gedanken: Sehen wir mal für diesen Moment davon ab, dass es wirkliche Gerechtigkeit in einer in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft nicht gibt, nicht geben kann. Ronald Pofalla MdB, Generalsekretär der CDU, hatte am Vorabend des Programmkongresses erklärte:

„Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit erwächst aus der Würde des Menschen. Dazu gehört das Recht, nach Lebensglück zu streben, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Dazu gehört, darüber zu befinden, wo, wie und mit wem man leben will.

Individuelle Freiheit heißt aber nicht, dass es eine Garantie für die erfolgreiche Verwirklichung der eigenen Lebenspläne gibt. Diese kann niemand geben – auch und gerade der Staat nicht. Wohl aber ist es Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass möglichst viele Menschen ihre Chancen nutzen können“. (Vgl. Handelsblatt, 21. August 2006)

Dass das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit aus der Würde des Menschen erwächst, ist totaler Schwachsinn. Selbst im Kontext bürgerlicher Ideologie geht der Begriff der Würde umgekehrt von der Voraussetzung aus, dass der Mensch als geistig sittliches - und spätestens seit Fichte (Vorlesung zur Würde des Menschen, 1794) auch praktisch tätiges - Wesen darauf angelegt ist, in Freiheit und mit Selbstbewußsein sich selbst zu bestimmen und auf die Umwelt einzuwirken. Und gerade dies ist beispielsweise für die 2,5 Millionen armer Kinder in diesem Land – und dies ist ja nur ein Fakt von vielen - auf Grund ihrer realen Lebenssituation und mangelnder Zukunftsaussichten nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Merkel versicherte dann zur Eröffnung des Programmkongresses, die CDU bleibe die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Besser hätte sie gesagt: der sozialen Misswirtschaft. Nötig sei aber eine Diskussion, was soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert überhaupt sei. „Diese Debatte müssen wir mit aller Intensität führen“, meinte sie. „Wir leben wieder in einer Zeit, in der wir entscheidende Weichenstellungen vornehmen müssen“.

Nach Ansicht Merkels ist Veränderung die notwendige Antwort auf eine sich verändernde Welt. Das Schlimmste wäre, wenn Politik nichts tue und lediglich Besitzstände erhalte. Wohl genau deshalb werden die Besitzstände der Einen zu Lasten der Mehrheit der Menschen im Land weiter vermehrt.

Was sie dann erklärte ist an Verlogenheit und Heuchelei kaum noch zu überbieten. „Wenn wir wieder mehr Gerechtigkeit erzielen wollen, müssen wir mehr Freiheit wagen“, ist ihre Position. Merkel meint, Freiheit sei immer, dass man in die Lage versetzt werde, etwas zu tun, nicht immer, vor etwas geschützt zu werden. Freiheit sei jedoch gekoppelt an die „Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung“. Der Grundwert Freiheit müsse „zur Übernahme von Verantwortung, zum Eingehen von Bindung“ befähigen. Es müsse geklärt werden, was Familie bedeute und wie Verantwortung übernommen werde. Den Zusammenhalt der Gesellschaft könne man nur garantieren, wenn es gerecht zugehe. „Das christliche Menschenbild gerät ins Schlingern, wenn wir das nicht schaffen“, so Merkel.

Das bedeute, so Merkel, dass gut verdienende Kinder ihren langzeitarbeitslosen Eltern helfen müssten, dass reichere Bundesländer ärmeren helfen müssten. Übernahme von Verantwortung sei aber auch ein Umbau des Gesundheitssystems, die Sicherung der Rente oder die Versorgung mit Ausbildungsplätzen.

Das sind Aussagen, die der Entschlüsselung wert sind. Das sind klassische Beispiele von Demagogie. Man benutze schön klingende Worte. Zu fragen ist jedoch nach den tatsächlichen Inhalten.

Was die so genannte Gerechtigkeit betrifft: Die Unternehmen sollen in den nächsten Jahren pro Jahr zwischen fünf und acht Milliarden als Steuergeschenk erhalten. Für die Mehrheit der Menschen in diesem Land steigen andererseits die Steuerbelastungen bzw. deren Auswirkungen auf ein unerträgliches Maß. Dies wird die soziale Kluft im Land weiter vertiefen. Die Altersarmut wird weiter steigen. Die so genannte Gesundheitsreform wird die Folge haben, dass Beiträge für die Pflichtversicherten auf jeden Fall steigen und sich die Versorgung weiter verschlechtern wird. Weder Pofalla noch Merkel erklären, wie unter Bedingungen ständigen Sozialabbaus das „Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit“ verwirklicht werden kann.

Der Gerechtigkeitsbegriff der CDU ist so verlogen, dass man dazu wohl auch öffentlich nicht mehr viel argumentieren muss. Gerechtigkeit wird jedoch in einigen einschlägigen bürgerlichen Wörterbüchern nur als Gleichheit vor dem Gesetz interpretiert. Vielleicht ist dies der Schlüssel zum Verständnis der CDU-Position? Nein, denn auch die Gleichheit vor dem Gesetz ist in diesem Land nur formal aber nicht real gewährleistet. Es ist nach wie vor so, wie der große französische Dichter Anatole France einst sagte: Das Gesetz in seiner ehernen Majestät verbietet es dem Reichen wie dem Armen, zu betteln, Brot zu stehlen und unter Brücken zu nächtigen.

Der Begriff der Gerechtigkeit beinhaltet aber noch mehr: Es geht um gerechte Verteilung materieller Güter der Gesellschaft, um Gleichbehandlung, Gleichberechtigung, Verbot jeglicher Diskriminierung, gleiche Bildungschancen u.a. mehr. Frau Merkel sollte dies – als frühere DDR-Bürgerin und praktizierende Christin – eigentlich wissen. Allerdings folgt wohl auch sie dem Urvater der neoliberalen Ideologie und Politik, Friedrich von Hayek, der der Auffassung war:

„Womit wir es im Falle der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ zu tun haben, ist einfach ein quasi religiöser Aberglaube von der Art, daß wir ihn respektvoll in Frieden lassen sollten, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht, den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Menschen Zwang anzuwenden.“ Mit Letzteren meint er vor allem die Besitzenden, die Reichen in der Gesellschaft.

Etwas komplizierter ist es mit dem Freiheitsbegriff. Vor 28 Jahren schrieb der marxistische Rechtsphilosoph Hermann Klenner:

„Wenn es eine politische Schlagwortstatistik gäbe, eine Zusammenstellung jener Vokabeln, mit denen politische Positionen begründet und Anhänger für deren Durchsetzung geworben werden, wir könnten sicher sein: an erster Stelle stünde das Wort ‚Freiheit‘.“

Er bezog sich auf den vergangenen Wahlkampf zu den Bundestagswahlen in der BRD, in dem übrigens die DKP u.a. mit der Losung „Freiheit durch Sozialismus“ aufgetreten war. Klenner macht darauf aufmerksam, dass „Freiheit“ oder „Gleichheit“ oder „Brüderlichkeit“ oder „Gerechtigkeit“ oder gar „Eigentum“ keine zeitlos gültigen Grundwerte der Menschheit seien.

„Hinter ihnen verbergen sich ... reale Klasseninteressen, progressive aber auch reaktionäre und manchmal Fortschrittliches, in dem der Rückschritt bis zur Unkenntlichkeit eingemischt ist“. (H. Klenner: Freiheit, Gleichheit und so weiter, Berlin 1978, S. 1, S. 3)

Der marxistische Freiheitsbegriff kommt in entsprechenden Wörter- und Lehrbüchern meines Erachtens leider meist etwas hölzern daher. Dies geht fast immer auf Kosten der Überzeugungskraft sowie der Verdeutlichung des Prozesscharakters und der Möglichkeit des Freiheitsgewinns der Persönlichkeit.

Ich kann hier nur einige, in der Auseinandersetzung wichtige Momente der marxistischen Position benennen.

Mit dem marxistischen Freiheitsbegriff wird die materielle Voraussetzung menschlicher Tätigkeit betont. Menschen müssen danach zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden, ehe sie „Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können“ (F. Engels: Das Begräbnis von Karl Marx. MEW, Bd.19, Berlin 1962, S.335).

Freiheit bedeutet die Fähigkeit des Menschen, aufgrund der Erkenntnisse von objektiven Gesetzmäßigkeiten in Natur, Gesellschaft und Denken unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen verantwortungsbewusst zu entscheiden, zu handeln, sich selbst bestimmt zu entwickeln und – gemeinsam mit anderen - die Verhältnisse beeinflussen oder verändern zu können.

Die Macht- und Eigentumsverhältnisse sind dabei letztlich auch in dieser Frage die bestimmenden Verhältnisse. Sie und die reale Klassenverhältnisse und –gegensätze bestimmen wesentlich die Freiheitsräume, d.h. die Möglichkeiten der freien Entscheidung und des Handelns der Menschen. Julia Bonk, Katja Kipping und Caren Lay erklärten im April in ihrem Diskussionsbeitrag zur programmatischen Ausrichtung der Linkspartei:

„Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes entsprechend der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine der zentralen Ursachen für die Verhinderung eines selbstbestimmten Lebens. Zum einen lässt der Mangel an entscheidenden Mitteln zum Leben in den ärmsten Regionen der Welt Selbstbestimmung und Entfaltung als nachrangig hinter dem unmittelbaren Bedürfnis zum Überleben werden. Zum anderen ist auch in den reicheren Ländern der Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen entscheidend für die tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten“.

Freiheit oder die Möglichkeit zur freien Entscheidung und entsprechendem Handeln werden also entscheidend bestimmt durch die herrschenden ökonomischen, sozialen, politischen, rechtlichen und ideologischen Verhältnisse. Sie hängt auch ab vom Wissen des Einzelnen in Abhängigkeit vom erreichten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse. Sie hängt ab von gewonnenen gesellschaftlichen Erfahrungen, vom eigenen sittlichem Streben und Gewissen (H. Hörz: Lebenswenden. Berlin 2005, S.528).

Freiheitsgewinn kann es durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse und ihre Nutzung für die Allgemeinheit geben, letztlich aber nur dann, wenn es gelingt „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“.

Insoweit ist Bonk, Kipping und Lay natürlich auch zuzustimmen, wenn sie betonten:

„Für uns bedeutet Freiheit nicht die Freiheit der Stärkeren, Schwächere auszubeaunen. Freiheit und Selbstbestimmung sind ohne soziale Sicherheit nicht

oder nur beschränkt einlösbar. Die freie Entfaltung einer und eines jeden bedarf universeller sozialer und Teilhaberechte. Insofern wollen wir die bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse ändern - und zwar grundlegend“.

Was dies aber bedeutet und wie dies zu erreichen ist, das ist bekanntlich nach wie vor einer der wichtigen Streitpunkte der Linken in diesem Land.

Nach Auffassung der DKP kann nur eine Gesellschaft, die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt, der Sozialismus, die wesentlichen Voraussetzungen für ein selbstbewusstes, selbst bestimmtes Leben aller Menschen schaffen. Dazu ist der revolutionäre Bruch mit den bestehenden Macht- **und** Eigentumsverhältnisses nötig.

Scheinbar links und den marxistischen Wurzeln verpflichtet, klingen im Zusammenhang mit dem Freiheitsbegriff die Leitsätze der programmatischen Grundsätze der SPD. Dort heißt es u.a.:

„Menschen werden als vernunftbegabte Wesen geboren, fähig zu Freiheit und Verantwortung, mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten. Die gleiche Würde und die gleiche Freiheit aller Menschen bilden den Ausgangspunkt und das Ziel all unseres politischen Handelns. Sozialdemokraten streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.

... Ohne die Freiheit des Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung kann es eine freiheitliche Gesellschaft nicht geben. Zugleich hat die Freiheit des Einzelnen ihrerseits gesellschaftliche Voraussetzungen. Freiheit bedeutet nicht nur die Freiheit von Zwängen, sondern vor allem die Freiheit zu einer eigenen Lebensgestaltung. Denn nur wenn Menschen den Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Information haben und wenn sie ausreichende materielle Absicherung genießen, sind sie in der Lage ein freies Leben zu führen. Freiheit ohne Verantwortung gibt es nicht: Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Freiheit kann dauerhaft nur dort gesichert werden, wo jeder einzelne Mensch nach seinen Möglichkeiten Verantwortung für sich selbst, für seine Mitmenschen und die Gemeinschaft übernimmt.“

Man müsste hinzufügen: Und übernehmen kann. Doch das ist „Wortgeklingel“ und die Formulierungen sind offenbar nur ein Kompromissangebot an Mitglieder und Wähler aus der Arbeiterbewegung und an die Parteilinke. Bei so vielen hehren Grundsätzen muss man sich fragen, was es denn ist, was die SPD daran hindert, sie zu verwirklichen, und warum ausgerechnet unter der von Schröder geführten Regierung unter anderem Hartz IV eingeführt wurde!

Um reale Klasseninteressen - vor allem die der Vertreter des Großkapitals -, um die Einschränkung der Rechte der abhängig Beschäftigten wie der Arbeitslosen, um die Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften, genau darum geht es bei der Freiheitsdebatte der CDU, die auch verbunden ist mit den Diskussionen um die Verschärfung der Gesetze zur inneren Sicherheit, zum Bundeswehreininsatz im Inneren und ihrem Einsatz weltweit. Also um weitere reaktionäre Veränderungen im Rechtssystem und des Grundgesetzes, um Einschränkung von Grund- und damit Freiheitsrechten.

Diether Dehm (Fraktion der Linkspartei.PDS) verdeutlichte einen Aspekt dieser Klasseninteressen, als er in der Debatte des Bundestages zur Erklärung der Bundesregierung zum Europäischen Rat am 15. und 16. Dezember 2005 zum herrschenden





Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie. Die DKP wendet diese Lehren des Marxismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit an und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei“.

Notwendig ist es also auch, aufgrund der Analyse neuer Entwicklungen zu neuen Erkenntnissen zu kommen. Und an anderer Stelle unseres Parteiprogramms heißt es:

„Auf dieser Basis entwickelt die DKP ihre politische Strategie und Taktik.

Als ideologische Aufgabe ersten Ranges betrachtet es die DKP, in der Arbeiterklasse Einsichten in die eigene Klassenlage und in den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Klasseninteressen und den Macht- und Profitinteressen des Großkapitals zu vermitteln und klassenmäßige Erkenntnisse zu vertiefen. Sie verbreitet die sozialistischen Ideen. Kommunistinnen und Kommunisten bringen Klassenpositionen in Gewerkschaften und gesellschaftliche Bewegungen ein.

Die DKP wirkt dafür, den Einfluss der bürgerlichen Ideologie und reformistischer Positionen auf die Arbeiterklasse zurückzudrängen. Entschieden bekämpft sie Antikommunismus und Nationalismus. Unabdingbar ist die Auseinandersetzung mit rassistischen und faschistischen Positionen sowie ihren weltanschaulichen und gesellschaftlichen Ursachen“.

Die DKP verbindet das Bemühen um Bildung und politische Aufklärung, um die Propagierung ihrer Ziele, auf das engste mit der aktiven Unterstützung und Förderung von politischer Praxis auf dieser Grundlage“.

Damit stehen wir in der Tradition der kommunistischen Bewegung. Karl Marx und Friedrich Engels wandten sich – wie später Lenin – wiederholt und mit aller Entschiedenheit gegen die Vernachlässigung und Geringschätzung der Theorie und gegen jeglichen engstirnigen Praktizismus. Viele Schriften wurden von ihnen unter dem Gesichtspunkt verfasst: Wie können wir, wie kann ich unsere theoretischen Positionen den Arbeiterinnen und Arbeitern, den am Sozialismus Interessierten verständlich machen, nahe bringen und sie damit für den gemeinsamen Kampf mobilisieren. Marx und Engels mussten sich dabei nicht nur den Bildungsstand der Proletarier und ihrer politischen Vertreter beachten. Nach 1875 bestand zunehmend die Notwendigkeit, sich mit Kräften auseinanderzusetzen, die in die Arbeiterbewegung mit kleinbürgerlichen Positionen kamen.

Beim Studium des Anti-Dühring, der „Kritik des Gothaer Programms“ und vieler anderer Veröffentlichungen kann man feststellen, dass die Genannten ebenso wie Plechanow, Mehring, Luxemburg und viele andere theoretische Klarheit, Wissenschaftlichkeit und scharfe Auseinandersetzung mit einer verständlichen Sprache verbanden. Letzteres fällt uns heute schwerer. Das hat einerseits etwas mit der komplexeren Realität und andererseits dem Erkenntnisprozess und den historisch gewonnenen Erfahrungen zu tun. Und auch angesichts der neuen Medien und der Ergebnisse der Bildungspolitik in diesem Land stehen in diesem Zusammenhang vor uns heute noch große Aufgaben.

Auch in der KPD wie seit 1968 in der DKP wurde ein entschlossener Kampf gegen die Missachtung der revolutionären Theorie, zur Aneignung unserer wissenschaftli-

chen Weltanschauung und zur Auseinandersetzung mit kleinbürgerlicher und bürgerlicher Ideologie geführt.

Dabei orientierten sich Kommunistinnen und Kommunisten stets an der Erkenntnis, dass es ohne revolutionäre, marxistische Theorie für den Einzelnen wie die Partei keine Möglichkeit gibt, sich in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation zu orientieren, den Zusammenhang, die Widersprüchlichkeit der Ereignisse zu verstehen und wahrscheinliche künftige Entwicklungen zu erkennen.

Um einzugreifen in gesellschaftliche Auseinandersetzung, einheitlich zu handeln, um andere zu überzeugen, Orientierungs- und Entscheidungshilfe geben zu können ist es notwendig, die theoretische Arbeit und die der Praxis erworbenen Erkenntnisse allgemeiner Entwicklungsgesetze mit der Analyse konkret-historischer Situationen zu verbinden, die globale Sicht mit der Detailtreue, die schonungslose Aufdeckung der Wahrheit mit dem Optimismus für die Überwindung von Schwierigkeiten und der Leidenschaft des Revolutionärs.

Marxistische Bildung ist also eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Handlungsorientierungen in der Arbeit „vor Ort“ praktisch umgesetzt werden können und praktische Erfahrungen umgekehrt einfließen können in die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie.

Herrmann Duncker schrieb dazu in seiner Schrift „Einführung in das Studium des Marxismus“ im Jahr 1931:

„Zuerst gibt es da noch den sehr verbreiteten Irrtum zu bekämpfen, als ob der Marxismus durch wissenschaftliches, literarisches Studium vollauf errungen werden könnte. Der Marxismus ist nicht nur in den Büchern und Schriften von Marx und Engels und ihrem größten Schüler Lenin niedergelegt, sondern er ist vor allem auch in der Bewegung des klassenbewußten Proletariats verkörpert. So ist Marxismus Theorie und Praxis zugleich. Das bekannte Leninsche Wort ‚Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben‘ kann man auch so lesen: ohne revolutionäre Bewegung keine revolutionäre Theorie! Und das heißt, auf den einzelnen angewandt, du kannst dir den Marxismus nicht ausschließlich durch wissenschaftliches Studium, Bücher und schulmäßige Unterweisung zu eigen machen, du mußt auch mit beiden Füßen in die Praxis der marxistischen Bewegung hineinspringen“.

Marxistische politische und weltanschauliche Bildung ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung dafür, bei „den Ausgebeuteten und Unterdrückten das Bewusstsein ihrer Klassenlage“ und die Bereitschaft zum Klassenkampf zu schaffen. Dazu beizutragen, unsere Weltanschauung zu verbreiten, bedarf es eines entsprechenden soliden weltanschaulichen Fundaments.

Die Möglichkeiten für eine intensive Bildungsarbeit der Partei hingen aber immer von den realen Kampfbedingungen, vom Entwicklungsstand der Partei und den vorhandenen Kräften ab.

Die Programmdebatte der letzten Jahre hat bei vielen Genossinnen und Genossen in unserer Partei das Bewusstsein dafür gestärkt, dass es notwendig ist, sich wieder intensiver mit den theoretischen Grundlagen unserer Weltanschauung zu beschäftigen, in der eigenen Partei und mit größerer Außenwirkung mehr für die marxistische Bildung zu unternehmen, denn sie

- rüstet die Mitglieder unserer Partei mit den nötigen wissenschaftlich begründeten theoretischen Kenntnissen aus, damit sie sich aktiv an der Ausarbeitung kommunistischer Politik und entsprechender Positionen beteiligen können.
- bietet jeder Genossin, jedem Genossen die Möglichkeit der theoretischen Fundierung der eigenen Überzeugung.
- schafft das theoretische Fundament für die praktische Arbeit von Kommunistinnen und Kommunisten im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Kiez bzw. in der Gemeinde, in sozialen und politischen Bewegungen, für das einheitliche Handeln der Mitglieder unserer Partei.
- ist eine Möglichkeit, neue Mitglieder zu gewinnen, Jugend zu interessieren, sich mit dem Marxismus zu beschäftigen und sie so an die Kommunistische Partei heranzuführen.

Die Möglichkeiten, die den Genossinnen und Genossen in unserer Partei vor 1989/90 zur Vertiefung ihrer marxistischen Bildung zur Verfügung standen, sind – wie wir alle wissen - nicht oder nur teilweise auf die heutigen zu übertragen. Damals standen neben der Karl-Liebnecht-Schule auch viele andere Möglichkeiten zur Verfügung, sich auf Lehrgängen zu qualifizieren.

Heute sind unsere Möglichkeiten – personell wie finanziell – weitaus geringer. Deshalb müssen wir alle Chancen nutzen, unter unseren Bedingungen die bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen.

Nutzen wir sie tatsächlich schon ausreichend? Und welche Möglichkeiten haben wir tatsächlich?

Unter den schwierigen Bedingungen der letzten 16 Jahre hat die Leitung der Karl-Liebnecht-Schule Außerordentliches geleistet. Regelmäßig – auch in diesem Jahr - fanden Wochenend- bzw. Wochenseminare zu wichtigen Fragen unserer Politik und Weltanschauung statt. Die KL-Schule war der Träger und Organisator unseres 3 ½ Jahre währenden Fernstudiums. Die Genossen haben sich bemüht, auch nach Abschluss dieses Fernstudiums – in Halbjahreszyklen – Grundlagenthemen und Anleitungen für ein 2. Fernstudium zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen.

Jedoch stehen wir hier nach wie vor vor ungelösten Problemen: Unsere Kräfte sind nicht gewachsen. Der zeitliche Aufwand zur Vorbereitung der Lehrgänge und der Nutzen stehen in keinem Verhältnis. Wenn am letzten Wochenseminar nur 12 Genossinnen und Genossen teilnahmen, dann zeigt dies eines der Probleme. Es ist uns bislang auch nicht gelungen, die personellen, finanziellen und organisatorischen Probleme zu lösen um den Fortbestand der Schule zu sichern, auch wenn einige jüngere Genossinnen und Genossen die bisherige Schulleitung unterstützen. Wir müssen im Parteivorstand diese Situation beraten und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Die Marxistischen Blätter, die ja praktisch unser theoretisches Organ sind, haben mit ihren Heften wichtige Beiträge zur Einschätzung der gegenwärtigen Situation und ihrer gesellschaftlichen Hintergründe geleistet. Sie sind unverzichtbar für die Verbreitung unserer wissenschaftlichen Weltanschauung und Theorie. Ich möchte hier nur an die in diesem Jahr bislang erschienenen Hefte erinnern wie „Alltag und Kultur“ (1/06), „Gewerkschaften – Heute – Morgen“ (2/06), „Marxismus und Naturwissenschaft“ (3/06) sowie „Indien – neue Weltmacht“ (4/06).

Auch andere Veröffentlichungen wie Hefte der Flugschriften, die geplanten MASCH-Skripte, von denen das erste kürzlich erschienen ist, bieten die Möglichkeit, sich mit

neuen Ergebnissen marxistischer Forschung auseinander zusetzen oder für die eigene Diskussion vor Ort und die Bildungsarbeit der Partei zu nutzen.

Die Publikationen und Konferenzen des isw und der Marx-Engels-Stiftung ermöglichen den Zugang zu analytischem Material und Schlussfolgerungen marxistischer Forschung zu wesentlichen ökonomischen, politischen und ideologischen Grundfragen der Gesellschaftsentwicklung. Die Marx-Engels-Stiftung führt Konferenzen durch, die die Diskussion zwischen Marxisten in diesem Land und international unterstützen. Ich möchte hier beispielsweise an die Berliner Konferenz zur Zukunftsfähigkeit des Marxismus erinnern. Die Genossen der Marx-Engels-Stiftung haben auch die Programmdebatte begleitet – u.a. mit den Konferenzen „In welchem Kapitalismus leben wir?“ und zur sozialistischen Perspektive.

Die Genossen der Thälmann-Gedenkstätte und der Geschichtskommission der DKP tragen mit sehr praktischen Beiträgen, Veröffentlichungen und Vorträgen zur Vertiefung und Verbreitung der Ergebnisse marxistischer Geschichtsforschung bei.

Wichtig für die Bildungsarbeit der Partei und ihre Außenwirkung sind MASCH-Veranstaltungen, die in einigen Städten durch die DKP, in anderen von Mitgliedern unserer Partei gemeinsam mit anderen durchgeführt werden.

Und trotzdem reicht dies nicht. Wir brauchen regelmäßig Parteibildungsabende in allen Gruppen unserer Partei. Und darum sollten unsere Bemühungen auf allen Ebenen der Partei verstärkt gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben mit unserem auf der 2.Tagung des 17.Parteitages beschlossenen neuen Parteiprogramm jetzt eine neue Grundlage, auf der die Parteibildungsarbeit in Kontinuität mit der bisherigen Bildungsarbeit in der DKP entwickelt werden kann. Das sollten wir auf allen Ebenen der Partei unterstützen.

Das Programm ist die Zusammenfassung der grundsätzlichen Ziele der DKP. Gemeinsam mit den Statuten der DKP bildet es die Grundlage für die politische, ideologische und organisatorische Tätigkeit der Partei, für unser einheitliches, zielgerichtetes Handeln.

Die Kenntnis unserer Programmatik befähigt alle Mitglieder der Partei, unsere Politik besser zu verstehen und in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Das wissenschaftliche Fundament unserer Programmatik, der Politik und Organisation der DKP beruht auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin. Es verbindet die revolutionäre Theorie mit der praktischen politischen Tätigkeit der gesamten Partei.

Wir wollen uns mit den zentralen Parteibildungsthemen systematisch im Zusammenhang mit Aussagen unseres Programms marxistisches Grundwissen erarbeiten und mit aktuell-politischen Fragen sowie Erfahrungen aus den aktuellen sozialen und politischen Kämpfen verbinden. Das Sekretariat schlägt dem Parteivorstand deshalb vor, die vorliegenden Bildungsthemen zu bestätigen. Ende November soll der Bildungszyklus mit mindestens einer Veranstaltung eröffnet werden. Ende 2007 wird eine erste Bilanz gezogen und werden die bisherigen Erfahrungen ausgewertet.

Wir werden zu jedem Thema eine Seite in der UZ mit Schwerpunkten und Fragen veröffentlichen, die von jeder Genossin, jedem Genossen zur Vorbereitung auf das Bildungsthema genutzt werden kann. Wir wollen diese Seite so gestalten, dass sie möglichst anschaulich auf das Wesentliche hinführt und zugleich die Möglichkeit

bietet, ausgehend vom erreichten Wissensstand, auch weitergehende Fragen zu diskutieren.

Zusätzlich wird ein Leitfaden ausgearbeitet, ein Material, das Referenten bzw. den Gruppenleitungen zusätzliche Anleitung zum Thema gibt. Soweit möglich werden die Themen durch Artikel in der UZ bzw. den Marxistischen Blättern ergänzt.

Wir brauchen dabei aber andererseits auch die Rückmeldung aus den Gruppen, brauchen Hinweise und Anregungen, wie Materialien zielorientierter und anschaulicher gestaltet werden können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen unter unseren heutigen Bedingungen alle zur Verfügung stehenden Mittel für eine gründliche und kontinuierliche marxistische Bildung aller Mitglieder nutzen. Diese Bildungsarbeit muss zuallererst in den Gruppen geschehen ohne auf die guten Aktivitäten im Rahmen der MASCH oder auf andere Bildungsformen zu verzichten. Wir sind uns dabei bewusst, dass die Voraussetzungen der einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich sind. In einigen Bezirken gibt es inzwischen intensivere Anstrengungen, die Bildungsarbeit zu verstärken und vor allem die Gruppen zu unterstützen.

Eine neue Offensive in der politisch-ideologischen Bildungsarbeit in unserer Partei ist notwendig, um Genossinnen und Genossen für politische Aktionen und auch gezielt zur Übernahme von Verantwortung zu qualifizieren.

Die marxistische Bildung ist unabdingbar für die Identität von Kommunistinnen und Kommunisten, für ihr praktisches Wirken. Wir haben mit kontinuierlicher, beharrlicher Bildungsarbeit eine große Chance, unsere praktische Wirksamkeit zu verbessern, aber auch neue Genossinnen und Genossen an die theoretische Arbeit und die marxistische Bildungsarbeit heranzuführen. Unsere Bildungsarbeit ist eine wesentliche Möglichkeit, die Partei zu stärken, Mitglieder und Abonnenten für die UZ und die Marxistischen Blätter zu gewinnen.